

## BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES

# Für eine gesetzliche Ausbildungsumlage im Land Berlin!

Der Landesjugendring Berlin unterstützt die Forderung der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg an die Berliner Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, eine landesgesetzliche Ausbildungsumlage in Berlin einzuführen. Damit der Berliner Ausbildungsmarkt in seiner gesamten Breite nachhaltig gestärkt wird, muss sichergestellt sein, dass die Umlage für alle Branchen gilt. Die besonderen Belange gemeinnütziger Organisationen und Solo-Selbstständiger müssen dabei berücksichtigt werden. Für den Fall, dass Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften branchenspezifischen Anpassungsbedarf erkennen, muss eine Öffnungsklausel für allgemeinverbindliche Tarifverträge diesem Bedarf einer branchenspezifischen Differenzierbarkeit Rechnung tragen.

Die Situation auf dem Berliner Ausbildungsmarkt bereitet uns große Sorge! Während die IHK Berlin für das Jahr 2035 einen Mangel an 377.000 Fachkräften prognostiziert, gehen jedes Jahr tausende junge Berliner\_innen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus. In allen relevanten Kennzahlen schneidet der Berliner Ausbildungsmarkt bundesweit am schlechtesten ab: Nirgends beteiligen sich so wenige Unternehmen an der Ausbildung junger Menschen. Nirgends gibt es statistisch mehr Bewerber\_innen, die um einen angebotenen Ausbildungsplatz konkurrieren. Nirgends ist der Anteil Auszubildender, gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer\_innen, geringer.

Dabei sind alle Unternehmen von gut ausgebildeten Fachkräften abhängig. Warum sollten sich also nicht auch alle Unternehmen an der Qualifizierung neuer Fachkräfte beteiligen? Eine Ausbildungsumlage entspricht einem Kostenausgleich zwischen Arbeitgebern. Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und ausreichend in die Ausbildung junger Berliner\_innen investieren, würden durch die finanzielle Beteiligung derjenigen Unternehmen, die eben nicht ausreichend oder gar nicht ausbilden, entlastet werden.

In den vergangenen 15 Jahren ist die Zahl junger Menschen, die in Berlin eine betriebliche Ausbildung begonnen durften, um 30 Prozent zurückgegangen. Während im Jahr 2020 nur noch 14.695 junge Menschen eine duale Berufsausbildung in Berlin begonnen haben, landeten ganze 6.424 junge Berliner\_innen lediglich in Maßnahmen des Übergangsbereichs, was sich für zu viele junge Menschen als Sackgasse erweist. Eine Ausbildungsumlage setzt Anreize, dass wieder mehr betriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden. Gleichzeitig lassen sich über eine Ausbildungsumlage deutliche Verbesserungen in der Qualität der Ausbildung erreichen, wie das Beispiel der auch von Arbeitgeberseite unstrittigen Ausbildungsumlage im Baugewerbe zeigt. Nicht zuletzt kann eine Ausbildungsumlage durch eine Bezuschussung von Mobilitäts- und/oder Wohnkosten aber auch unmittelbar dazu dienen, die finanzielle Attraktivität einer Ausbildung wieder deutlich zu steigern.

Jede\_r ausbildungsinteressierte Jugendliche sollte die Möglichkeit erhalten, eine betriebliche Ausbildung zu absolvieren. Dafür müssen sich auch diejenigen Unternehmen an den Ausbildungskosten beteiligen, die bisher gar nicht oder gemessen an der Unternehmensgröße zu wenig ausbilden. Wir fordern daher nicht mehr und nicht weniger als eine solidarische Finanzierung der Ausbildungskosten im Interesse aller ausbildungsinteressierten Jugendlichen und künftigen Berliner Schulabgänger\_innen.

*Beschlossen durch den Hauptausschuss des Landesjugendring Berlin am 29.09.2022*